



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr.381/GP

29.11.2023

**Gerlach dringt auf bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege - Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin sprach mit der Präsidentin des Deutschen Pflegerats, Christine Vogler**

**Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach** dringt auf bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege. Die Ministerin betonte am Mittwoch in München: „Die Zukunft einer guten Pflege entscheidet sich in der Frage, ob es gelingt, ausreichend gut qualifiziertes Personal zu gewinnen. Dafür ist es auch entscheidend, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und mehr Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern.“

Gerlach fügte hinzu: „Die Lohnentwicklungen in der Pflege sind aktuell auf einem guten Weg, jetzt gilt es aber auch, flächendeckend gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und die überbordende Bürokratie in der Pflege einzudämmen. Außerdem sind attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gefragt. Bund, Länder, Kommunen, Träger und Verbände müssen hier zusammenarbeiten.“

Gerlach hatte sich am Dienstagnachmittag in einer Videokonferenz mit der **Präsidentin des Deutschen Pflegerats, Christine Vogler**, zu den aktuellen Herausforderungen in der Pflege ausgetauscht. Themen waren dabei unter anderem Maßnahmen zu Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs wie etwa die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen oder die Akademisierung der Pflege.

Die **Präsidentin des Deutschen Pflegerats** zeigte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf und sagte: „Deutschland muss dringend seine Einstellungen zur Profession Pflege nachhaltig ändern. Wir brauchen eine Kehrtwende und den Willen, die dazu notwendigen Änderungen schnell umzusetzen. Sechs Punkte sind hier entscheidend. Wir müssen die Bürokratie drastisch reduzieren, angemessene Arbeitsbedingungen schaffen, Selbstverwaltungsstrukturen auf Bundesebene und in den Ländern etablieren, den Gesundheitsberufen mehr Kompetenzen geben und bundesweit gültige Pflegebildungsstrukturen schaffen.“

Vogler fügte hinzu: „Dadurch wird der Beruf attraktiver - und es werden mehr Mitarbeitende gewonnen. Die Pflegeberufe alleine werden die durch die Demografie bedingten steigenden Aufgaben der Pflege nicht schaffen. Die gesamte Gesellschaft muss einbezogen werden. Nur so können wir die



Pflegekrise bewältigen und die Sicherheit der Patienten gewährleisten. Wir freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit mit Frau Staatsministerin Gerlach – denn nur gemeinsam mit Bund und Ländern können wir nachhaltig Veränderungen bewirken.“

Gerlach erläuterte: „Das Thema Pflege betrifft nicht nur ältere und kranke Menschen, sondern jeden von uns. Denn wir müssen heute die Zukunft der Pflege gestalten. Wenn wir erreichen wollen, dass Pflegebedürftige in Bayern auch künftig die bestmögliche Betreuung und Unterstützung bekommen, müssen wir dafür jetzt die passenden Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen die professionelle Pflege sichern und gleichzeitig die Pflege stärken.“

Bayern setzt sich seit Jahren auf Bundesebene für steuerfreie Gehaltsbestandteile für Pflegekräfte ein. Zudem hat sich Bayern mit einer Bundesratsinitiative zur Eindämmung der Leiharbeit in der Pflege in Berlin eingebracht. Die Ministerin unterstrich: „Es geht nicht gänzlich ohne Leiharbeit, beispielsweise, wenn unerwartete und unvermeidbare Ausfälle abgedeckt werden müssen. Aber es muss alles dafür getan werden, dass die Arbeitsbedingungen des Stammpersonals so gut sind, dass die Beschäftigten nicht in die Leiharbeit wechseln.“

Gerlach betonte: „Auch Springerkonzepte tragen dazu bei, den Einsatz von Leiharbeit einzudämmen. Vor allem aber sind sie ein wichtiger Baustein für verlässliche Arbeitszeiten und damit für mehr Gesundheit und Zufriedenheit des Pflegepersonals. Bayern will daher mit einem Modellprojekt Springerkonzepte in den Einrichtungen etablieren.“

Bayerns Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention fördert Springerkonzepte bei insgesamt 30 Langzeitpflegeeinrichtungen - im ambulanten Bereich bei 10 Pflegediensten und im stationären Bereich bei 20 Pflegeheimen - mit einer Summe von bis zu 7,5 Millionen Euro. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Ein Ziel des Projekts ist es aufzuzeigen, welche finanziellen Auswirkungen die Etablierung von Springerkonzepten im Regelbetrieb hat, und wie die Finanzierung von Springerkonzepten über Pflegesatz- bzw. Pflegevergütungsverhandlungen gelingen kann. Das ist erforderlich, um perspektivisch eine flächendeckende Umsetzung zu ermöglichen.

Gerlach ergänzte: „Die Akademisierung der Pflege ist ebenfalls entscheidend. Wir brauchen angesichts der zunehmenden Komplexität des Versorgungsgeschehens in Zukunft auch deutlich mehr akademisch qualifizierte Pflegefachkräfte. Das Studium muss aber auch attraktiv sein – und dazu gehört insbesondere eine angemessene Vergütung für die Studierenden. Ich freue mich, dass der Bund mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz (PflStudStG) zum 1. Januar 2024 nun endlich die Finanzierungslücken in der hochschulischen



Pflegeausbildung schließt. Er muss aber auch dafür Sorge tragen, dass Pflegeeinrichtungen ihren Anteil an den Ausbildungskosten nicht mehr auf Pflegebedürftige umlegen, sondern ihn steuerfinanzieren. Denn die Ausbildung kommt uns allen zugute.“